



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/98 - 30. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Weder Pessimismus noch Optimismus In der Atempause vor Genf	60
3	Es geht um das Kindergeld im Saarland Wird die Bundesregierung Verständnis zeigen?	46
4	Lange Stunden in Kabat Die Krise in Karokko drängt zur Explosion	54
5 - 6	Minister Lübke in Südafrika "Das Eingeborenensproblem ist hier in guten Händen" Die Geschichte eines Dementis	79
7 - 9	BRF - "Einzige Partei mit deutscher Seele" Die Entwicklung einer "Bewegung" in Rheinland-Pfalz Eine politische Reportage von Horst Stübbling - Mainz (II und Schluß)	125

* * * * *
* * * * *

Zur Beachtung: Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint
am Montag, dem 4. Mai 1959.

Weder Pessimismus noch Optimismus

G.M. - Pessimisten werden nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der östlichen und westlichen Außenminister-Konferenzen in Warschau und Paris sagen: Es hat keinen Zweck, Ost und West bleiben auf ihren unüberbrückbaren Positionen, in Genf wird nichts herauskommen. Optimisten dagegen werden die in den Texten der bisher veröffentlichten Stellungnahmen nach Nuancen suchen, aus denen sie herauslesen können, daß doch noch etwas in der Genfer Außenminister-Konferenz "drin" ist.

Geht man bei den vor derartigen Konferenzen schon üblich gewordenen "Härteerklärungen" beider Seiten etwas absichts in die Sphäre ruhiger Überlegungen, dann fällt folgendes auf: Die Vertreter der Ostblockstaaten haben in Warschau ein Kommuniqué herausgegeben, das, nach seinem Ton zu urteilen, die Absicht verrät, "am Mann" zu bleiben. Es gibt in diesem Kommuniqué nur verhältnismäßig wenig Beschuldigungen gegen den Westen, dafür aber noch einmal die präzierte Wiederholung des Wunsches, die beiden Militärblöcke in Mitteleuropa auseinandergerückt zu sehen.

Daher ist anzunehmen, daß es den Russen mindestens in der ersten Phase der Genfer Konferenz im wesentlichen auf Gespräche über dieses Thema anzukommen scheint. Alle anderen Fragen treten dabei in den Hintergrund.

Die spärlichen Verkaufbarungen über das Ergebnis der Beratungen der westlichen Außenminister in Paris lassen erkennen, daß trotz vieler Vorbehalte die sogenannte "Stufenentwicklung" auf dem Wege zur Lösung des Problems der europäischen Sicherheit Gestalt anzunehmen beginnt. Das ist zwar sehr wenig und dürfte bei einer ersten Konfrontierung der Verhandlungspartner in Genf kaum ausreichen, um das Konferenzrad in Schwung zu halten. In der "Stufenentwicklung" liegt jedoch bei den vorauszusehenden Bemühungen beider Seiten, doch noch eine Gipfelkonferenz der Außenminister-Konferenz

30. April 1959

folgen zu lassen, so etwas wie ein bescheidener Versuch, trotz der Ablehnung der britischen Disengagement-Pläne die europäische Sicherheitsfrage im Gespräch zu lassen.

Hierbei darf nicht vergessen werden, daß Russen und Amerikaner zur Zeit in Genf bei der nun schon seit Monaten dauernden Konferenz über den Stopp von Atomwaffenversuchen auffallend konziliant zueinander sind. Vielleicht wollen beide Seiten dieses Thema bald mit den Verhandlungsthemen der Außenminister-Konferenz und des später stattfindenden Gipfeltreffens synchronisieren. Auffallend ist ferner, daß de Gaulle den polnischen Außenminister in Paris empfangen hat, was darauf schließen läßt, wie sehr die französische Regierung bemüht bleibt, Polen mit Hilfe einer anerkannten Oder/Neiße-Grenze in das "europäische Konzert" einzubeziehen. Daß die Engländer gänzlich auf ihre Disengagement-Pläne verzichtet haben, glaubt niemand.

Alles in Allem betrachtet, besteht für Genf weder ein Grund zu Pessimismus noch zu Optimismus. Es wird dort hart zugehen, wobei man sich darüber klar sein muß, daß auf beiden Seiten die Problematik der europäischen Sicherheit im Augenblick ein interessanteres Objekt zu sein scheint, als die der Wiedervereinigung Deutschlands.

Was zu dieser Frage bisher von beiden Seiten gesagt wurde, eröffnet wenig Aussichten auf ein praktisches Ergebnis in Genf. Der Osten betont, die Frage der Wiedervereinigung sei eine Angelegenheit der Deutschen und müsse zwischen Bonn und Pankow erörtert werden. Der Westen dagegen will Berührungspunkte zwischen Bonn und Pankow "im Auftrag" zwar zulassen, jedoch Gespräche zwischen Bonn und Pankow nur dann billigen, wenn die dazu erforderlichen Grenzen entsprechend den Bevölkerungszahlen in der Bundesrepublik und der DDR zusammengesetzt sind.

Eine Aussicht darauf, daß der Osten derartigen Forderungen zustimmt, besteht kaum. Damit kommt man wieder an den zur Zeit sichtbar gewordenen Berührungspunkt übereinstimmender Interessen zurück: An das Problem der militärischen Entspannung, vor dessen Lösung ausgehend eines Tages vielleicht auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung auf dem Verhandlungstisch sein wird.

Es geht um das Kindergeld im Saarland

A.B. - Saarbrücken

Bundesfamilienminister Würneling erhält bei der Beratung der Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Eingliederung des Saarlandes Gelegenheit, seine Existenzberechtigung nachzuweisen. Unter diesen Gesetzen befindet sich auch ein Entwurf über die Einführung deutschen Rechts auf den Gebieten der Arbeitsbedingungen und des Familienlastenausgleichs im Saarland. Der Bundesrat ist inzwischen den Wünschen des saarländischen Arbeitsministers Hermann Trittelwitz (SPD) gefolgt und hat aus diesem Gesetzentwurf die Passagen über die Einführung des deutschen Familienlastenausgleichs an der Saar ausgeklammert, ehe er die Gesetzentwürfe an den Bundestag weiterleitete. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf sah vor, daß an der Saar ebenfalls wie im übrigen Bundesgebiet erst vom dritten Kind ab ein Kindergeld gezahlt wird.

Im Saarland erhält jeder verheiratete Arbeitnehmer jedoch schon für seine Ehefrau 2.000 Franken (etwa 15 DM) Frauengeld, für das erste Kind erhält er 2.300 Franken (knapp 18,50 DM) und für jedes weitere Kind 3.700 (etwa 30 DM). Die Mittel hierfür werden durch Beiträge der Arbeitnehmer an die Kasse für Familienzulagen aufgebracht. Für jeden Arbeitnehmer zahlte er bis zu einem Plafond von 45.000 Franken 9,5 Prozent des Arbeitsentgeltes. An der Saar weiß man genau, daß das bisherige System nicht ganz zu halten ist, wenn das Saarland auch wirtschaftlich ein Teil der Bundesrepublik ist. Der sozialdemokratische Arbeitsminister des Saarlandes hat daher dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein modifiziertes Familienzulagesystem an der Saar vorsieht. Der Landtag hat dieses Gesetz bereits in der ersten Lesung verabschiedet. In diesem Entwurf ist vorgesehen, daß an der Saar nicht nur wie im übrigen Bundesgebiet für das dritte Kind 40 DM gezahlt werden, sondern jeder Arbeitnehmer bereits für das erste Kind eine Beihilfe erhält. Sollten die saarländischen Pläne Wirklichkeit werden, dann wird für das erste Kind eine Beihilfe von 15 DM, für das zweite eine Beihilfe von 20 DM monatlich gezahlt werden. Die Mittel für die Durchführung dieses Familienlohnsystems sollen vom Arbeitgeber, vom Arbeitnehmer und vom Land zu je einem Drittel aufgebracht werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen je ein Prozent des Arbeitslohnes abführen. Den Rest will der Staat ergänzen.

Um diese Regelung hat es an der Saar bereits Diskussionen gegeben. In Kreisen der Wirtschaft befürchtet man eine höhere Sozialbelastung als im übrigen Bundesgebiet. Zum Sprecher der Wirtschaft hatte sich inzwischen die DPS-Landtagsfraktion gemacht, die in einem im Landtag eingebrachten Antrag verlangt hatte, daß der Bund die Kosten der saarländischen Familienlohnregelung übernehmen soll. Die Regierungsparteien CDU und SPD haben diesen Antrag jedoch abgelehnt. Sie wollen den übrigen deutschen Steuerzahlern nicht zumuten, eine bessere Sozialgesetzgebung an der Saar zu finanzieren. Das Saarland will sich selbst helfen.

Bange Stunden in Rabat

ED - Seit einigen Tagen herrscht in der marokkanischen Hauptstadt Rabat Unruhe. Die Ermordung des dem konservativen Flügel der vor einigen Monaten gespaltenen nationalistischen Staatspartei "Istiqlal" angehörenden Politikers Ben Drizz hat ein grelles Schlaglicht auf die bis zum Platzen gespannte Atmosphäre geworfen. Selbst Gruppen und Personen, die noch wenige Wochen zuvor die innenpolitischen Schwierigkeiten Marokkos als die "notwendigen Kinderkrankheiten" eines jungen Staates bezeichneter, sind heute von Furcht und Besorgnis erfaßt.

Längst ist die innerpolitische Krise nicht allein mehr Ausdruck personeller und fraktioneller Kabbalen des "Istiqlal"; sie hat sich vielmehr zur totalen Staatskrise ausgewachsen. Wahrscheinlich fehlt nur der zündende Funke, um einen Bürgerkrieg zu entfesseln, der weitreichende Folgen im westlichen Mittelmeer haben könnte. König Mohammed V., einst unjubeiltes Idol des nationalen Befreiungskampfes Marokkos gegen die französischen Protektoren, hat eine Minderung seines Prestiges und Einflusses erleben müssen. Hieran trägt nicht nur seine "Passivität" gegenüber der wirtschaftlichen Misere Marokkos die Schuld, sondern auch das Ausbleiben der so dringlichen Demokratisierung des Landes. Was Wunder, wenn der Glorianschein des Exils und der Verbannung so zu verblissen beginnt, daß offen die Rebellion und der Abfall ganzer Stämme des Nordens im Gange ist. Die Feldzüge zur Unterdrückung der Dissidenten in Rif sind gescheitert. Der Motor des anti-französischen Kampfes und Träger der marokkanischen Staatsidee, der "Istiqlal", ist in zwei sich bis aufs Messer bekämpfende Fraktionen zerfallen. Die konservative Gruppe, angeführt vom "grand old man" Marokkos, Al Faussi, widersetzt sich jeder Neuerung im politischen und wirtschaftlichen Sektor und spielt mehr oder weniger die Karte eines islamischen Feudalismus aus.

Ihr gegenüber steht die Fraktion des "linken Istiqlal" unter der Leitung des energischen Ben Barka, gestützt durch den marokkanischen Gewerkschaftsverband. Sie drängt auf Reformen und Demokratisierung und stößt mit ihren "westlicheren" Forderungen auf den erbitterten Widerstand der "Alten", die inmitten des erschreckenden Elends der Massen nichts weiter anzubieten wissen als religiösen und chauvinistischen Fanatismus. Die Ermordung ihres Kollegen Ben Drizz mutet dem Beobachter der jüngsten Vorgänge in Marokko fast wie eine orientalische Version des Reichstagsbrandes an, dazu bestimmt, den fraktionellen Gegner zu diskreditieren und den "linken Istiqlal" als eine Bande von Mördern hinzustellen.

Der derzeitige Ministerpräsident des Landes wurde vom konservativen Flügel der Partei ausgestoßen, und man munkelt in Rabat, der Rat der "Alten" unter Faussi habe beschlossen, in Bälde eine "Nacht der langen Messer" zu veranstalten.

Die Westmächte sind mehr als beunruhigt über die Lage in Marokko. Die Amerikaner fürchten um ihre Stützpunkte, die Engländer sehen einen neuen Unruheherd im Mittelmeer entstehen, und die Franzosen schließlich sorgen sich um die möglichen Auswirkungen auf Algerien. Und nicht zuletzt ist es gerade die algerische Frage, die im Hintergrund der marokkanischen Krise die entscheidende Rolle spielt. Die Konservativen sind der algerischen "Bettler" müde; ein Sieg des FLN wäre zugleich die Abwärtskunde für die Wortführer des orthodoxen "Istiqlal", die heute den "klassenlosen" Geist der Fellaghas mehr fürchten als eine Rückkehr der Franzosen nach Rabat.

Minister Lübke in Südafrika

U.D. In der letzten Fragestunde des Bundestages, am 8. April 1959, hatte Bundesernährungsgesundheitsminister Dr. Heinrich Lübke eine Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Jeanette Wulff zu beantworten, in der es um Äusserungen des Ministers zur Rassentrennung in der Südafrikanischen Union ging. Einer Meldung der Agentur Associated Press zufolge hatte Lübke am 16. März in Johannesburg die Rassenpolitik der dortigen Regierung gelobt und sie für vorbildlich auch für andere Teile Afrikas erklärt. In der Fragestunde bestritt Lübke, sich in diesem Sinne geäussert zu haben und meinte, es könne allenfalls ein Missverständnis dadurch entstanden sein, dass der Dolmetscher auf einer Pressekonferenz am 16. März in Johannesburg seiner Aufgabe nicht gewachsen war.

AP ist inzwischen der Sache nachgegangen und hat von seinem Vertreter in Johannesburg folgendes erfahren:

"Herr Lübke wurde von dem Korrespondenten der (Nachrichtensagentur) UPI gefragt, was er von dem Rassenproblem hier (in Südafrika) halte. Seine von mir mitstenoographierte Antwort lautete:

"Südafrika hat in Verbindung mit den Eingeborenenproblemen (native problems) grosse Erfahrungen gewonnen. Erfahrungen dieser Art wären auch für andere Länder des afrikanischen Kontinents von Nutzen, die die gleichen Probleme haben, sie aber noch nicht gelöst haben. Ein Austausch von Sachverständigen würde da viel Gutes tun. Das Eingeborenenproblem hier ist in guten Händen. Von der südafrikanischen Erfahrung (auf diesem Gebiet) hat man in anderen Gebieten des Kontinents jedoch noch keinen guten Gebrauch gemacht."

Die Agentur AP steht mit ihrem Bericht - den sie nach wie vor aufrecht erhält - nicht allein. Die Süd-Afrikanische-Press-Agentur SARA meldete am 16. März aus Johannesburg:

"Südafrikas Erfahrungen in der Behandlung seiner Eingeborenenangelegenheiten könnte von unschätzbarem Wert für andere Teile Afrikas sein, durch, sagen wir, einen Austausch von Experten, sagte Dr. Heinrich Lübke, der westdeutsche Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, auf einer Pressekonferenz hier am heutigen Tage."

Die Johannesburgs "Daily Mail" meldete am 17. März:

"Südafrika sollte anderen afrikanischen Ländern bei ihren Rassenproblemen helfen, sagte der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Westdeutschlands, Dr. H. Lübke, gestern

30. April 1959

in Johannesburg. Der Minister, der den Deutschen Pavillon auf der Rand-Show heute eröffnet, sagte: "Südafrika hat eine ungeheure grosse Erfahrung in afrikanischen Angelegenheiten, die für die übrigen Teile des afrikanischen Kontinents sehr nützlich sein könnten."

Die Johannesburger Zeitung "The Star" berichtete am 17. März ebenfalls:

"Der Minister sagte: Südafrika hat immense Erfahrungen in Eingeborenenproblemen gewonnen. 'Diese Probleme sind bei der Regierung in sehr guten Händen; Ihr Wissen könnte anderswo auf dem Kontinent gut verwendet werden.'"

Vier unabhängig voneinander zustandgekommene Pressemeldungen stehen dem Dementi des Ministers im Bundestag gegenüber. Es mag sein, dass Lübke tatsächlich geglaubt hatte, die Frage nach den Eingeborenen beziehe sich auf deren Stellung in der Landwirtschaft. Dann aber hat der Dolmetscher - der der Deutschen Botschaft angehört - kläglich versagt und die Botschaft hätte spätestens am nächsten Morgen durch Desavouierung ihres Übersetzers die Sache richtigstellen müssen. Sie hat das ebensowenig getan wie Minister Lübke selber, und auch das sonst in Dementis gewisse nicht zurückhaltende Bonner Bundespresseamt hat die in Deutschland verbreitete AP-Meldung vom 16. März unwidersprochen gelassen.

Die Tatsache, dass sich der Minister erst drei Wochen später auf ausdrückliche Anfrage im Bundestag veranlasst sah, diese Ausführungen zu bestreiten, bestärkt den Verdacht, dass er die zitierten Äusserungen wirklich gemacht hat. Der Bundesrepublik hat er damit einen schlechten Dienst erwiesen. Selbstverständlich gebot es die Höflichkeit gegenüber der Regierung des Gastlandes, ihre innere Politik nicht zu kritisieren. Aber niemand hätte ihn verübeln können, wenn seine Rede sich auf die Landwirtschaft beschränkt hätte und er weitergehende Fragen mit dem Hinweis abgewehrt hätte, als Ausländer könne er die südafrikanische Innenpolitik nicht beurteilen. Stattdessen aber hat er sie anderen Ländern als Vorbild empfohlen.

Die Bundesregierung gibt sich gegenwärtig einige Mühe, in Afrika und Asien die Agitation aus Pankow abzuwehren. Sie beklagt die zahlenmässig schwache Besetzung der deutschen Missionen in diesen Ländern. Das Problem scheint weniger in zahlenmässiger als in personeller Unzulänglichkeit zu bestehen. Dann entweder hat hier ein Bundesminister versagt oder die Deutsche Botschaft in Pretoria ist ihren Aufgaben nicht gewachsen. Beides ist gleich schlimm.

DRP - " Einzige Partei mit deutscher Seele "

Eine politische Reportage von Horst Stöbling - Mainz

(II) und Schluss

Der DRP-Landesverband wurde erst im August 1953 in Mainz gegründet. An seine Spitze trat Otto Heß, sein Stellvertreter wurde Johann Weintz. Zur Bundestagswahl am 6.9.1953 präsentierte die neue alte Partei auf der Landesliste für Rheinland-Pfalz folgende Kandidaten:

1. Karl Grimm, geb. 1875, "Volk ohne Raum"-Erfinder, Glanznummer der Treffen unverbesserlicher NS-Barden zu Lippoldsborg/Weser, Antidemokrat in Wort und Schrift (dessen ungeachtet weiterhin vom Mainzer Kultusministerium für den Schulgebrauch wärmstens empfohlen).
2. Wilhelm Meinberg (DRP-Bundesführer)
3. Hans-Ulrich Rudel, Oberst a.D., z.Zt. Buenos Aires.
4. Otto Heß, Oberregierungsrat z.W., Osthofen, DRP-Landesvorsitzender.
5. Johann Weintz, Landwirt, Arnsheim, Heß-Stellvertreter.

Die braune Eminenz Werner Naumann, Staatssekretär von Goebbels, sollte in Kundgebungen auftreten.

Ergebnis der Wahl: 1,1 Prozent der Stimmen im Bund, aber 2,5 Prozent in Rheinland-Pfalz, wobei mit 13,4 und 10,9 Prozent die Kreise Alzey und Worms in Führung lagen. Den Vogel schoß die 1000-Seelengemeinde Dorndürkheim im Kreise Worms mit 30 Prozent DRP-Stimmen ab,

Bei der Landtagswahl 1955 tarnte sich die DRP unter Führung von Weintz als "Freie Wählergemeinschaft" und erreichte 2,9 Prozent. Der Landessparteitag 1956 wurde auf den "historischen Boden" des Dorfes Dorndürkheim abgehalten, sinnigerweise am Erntedanktag mit einem schwarz-weißbroten Erntedankfest neben der Bühne. Aber weit entfernt von Feierstimmung donnerte Otto Heß seine Delegierten an: "Wir sind auf unseren Lorbeeren eingeschlafen!" Johann Weintz war erst gar nicht zum Rapport erschienen. In absentia trat er "auf eigenen Wunsch" zurück, um sich aus dem politischen Trubel auf den ruhigen Posten des Weinbauverbands-Präsidenten zurückzuziehen. Als Nachfolger von Weintz wurde Hans Schikora ins Amt des Heß-Adjutanten berufen. Sein Kernspruch: "Möge der Herrgott unseren reinen Willen seinen Segen geben!"

Hans Schikora, MdL

Die "Vorschau" meinte es mit Schikora offenbar gut. Er darf nun als einziger in den Mainzer Landtag einziehen. Steckbrief: 1912 in Ostpreußen geboren, heiratete als gelernter Bäcker in eine Bacharacher Bäckerei, wechselte zur großdeutschen Wehrmacht über, wurde Stabsfeldwebel, dann beim Amtsgericht St.Gour Verwaltungsbeamter, später als 131er Bezirksführer Mittelrhein der "Sozialistischen Reichspartei" und nach deren Verbot Mitglied der DRP. Als Otto Heß zum Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Meinberg avancierte, rückte Schikora an die erste Stelle des Landesverbandes nach. Er zieht gleich mit einem Strafantrag

des Mainzer Kultusministers ins Parlament ein. Auf dem DRP-Wahlpar-
teitag 1959 in Bad Kreuznach hatte er nämlich den Selbstmord des
Studienrats Venetier aus Betzdorf/Sieg etwas zu heftig gewürdigt.
Venetier hatte nach einem Besuch im rheinland-pfälzischen Kultus-
ministerium Gift geschluckt. Er war vorgeladen worden, weil man
mittlerweile erfahren hatte, daß er in Österreich wegen nazistischer
Umtriebe rechtskräftig verurteilt worden war. Denn eine österreichi-
sche Zeitung hatte von ihm nachgedruckt, was längst in einer bundes-
deutschen Zeitschrift zu lesen gewesen war, ohne daß sich etwas rühr-
te. (So streng sind in Österreich die Bräuche!) Nach DRP-Legende wur-
de Venetier, der "aufrechte Mann" heimtückisch "zu Tode gehetzt".

Der DRP-Abgeordnete Schikora ist nun, wie gesagt, als einziger
ausgewählt, "das letzte Bataillon, das Deutschland noch besitzt",
unter 99 "Kollaborateuren" und "Lügnern" im Landesparlament zu reprä-
sentieren (die Kernsprüche in Anführung von DRP-Boß Meinberg).

Altmaiers Land - günstiger Boden

"Wir kommen durch!" So lautete der Slogan der DRP zur Landtags-
wahl, von den negativen Suggestivformeln "Gegen Verrat, gegen Korrup-
tion" usw. abgesehen. Die Gilde der Kommentatoren scheint sich da-
rauf geeinigt zu haben, daß die "Lage am Weinmarkt" und die "Unzufrie-
denheit der Winzer" des Pudels Kern seien. Das stimmt und stimmt auch
nicht. Man muß sich vor solcher Beurteilung die Struktur des Landes
vergegenwärtigen: Rund 50 Prozent der Bevölkerung von Rheinland-
Pfalz lebt in Gemeinden unter 3000 Seelen, nur 379 000 Menschen sind
in Großstädten zu Hause (11,4 Prozent). Diese 50 Prozent in den klei-
nen Orten sind nun aber keinesfalls alle Bauern oder Winzer. Gewiß
überwiegt der ländliche Bevölkerungsteil. Aber wenn beispielsweise
in der Stadt Kaiserslautern die DRP-Stimmen von einem auf 10 Prozent
emporschnellen, hat das gewiss nichts mehr mit den Rebensaft zu tun.
Die auffallende Zunahme gerade in der Pfalz deutet vielmehr darauf
hin, daß sich die radikal-nationalistische Strömung im Gefolge der "christ-
lichen" Zänkereien zwischen CDU und CVP an der Saar, verschärft um
die häßliche Affäre Ney, entsprechend ausgewirkt hat. Hier bot sich
für die DRP ein günstiger Ansatzpunkt, Gefühle aufzuputzen.

Da die DRP alles Deutschtum in Erbpacht zu besitzen vorgibt,
"die einzige Partei mit deutscher Seele" sein will, können die Nach-
kriegs-Alliierten nicht sonderlich abschneiden. Wenn es ernst werde,
liefern die alle, versicherte Rußel. Und wenn man weiß, daß sich in-
folge der sehr starken Belegung mit amerikanischen Truppenkontingen-
ten vor allem in der Pfalz naturgemäß auch Reibungsflächen mit der
einheimischen Bevölkerung ergeben, hat man eine weitere Quelle des
DRP-Zustroms. Denn die Demagogen nutzten Ressentiments und aktuelle
Vorgänge geschickt aus, indem sie beides verquickten.

Schließlich darf nicht verkannt werden, daß die DRP auch auf einen Teil der Jugend eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Fanfaren und Märsche und weiß-uniformierte Saalordner bietet nur mal keine andere Partei. Und dazu ist nicht zu vergessen: Soweit man von der "Jugend" absieht, die selbst noch durch die "Schule" der "Staatsjugend" ging, rekrutieren sich die Jungwähler aus einer Generation, die eben von der inzwischen angejahrten "Jugend" in der schon eingangs charakterisierten politischen Enthaltenssamkeit herangebildet wurde. Sie ist in besonderem Maße anfällig, wie der DRP-Versammlungsbesucher unschwer entdecken kann. Für den, der Schulverhältnisse in Rheinland-Pfalz kennt, kann das keine Überraschung sein.

Das ist eine bedenkliche Entwicklung, die sich in Rheinland-Pfalz abzeichnet. Vorschub leistet ihr die regierende Partei in Bonn wie in Mainz, vielleicht unbewußt, aber oft genug gewarnt, mit ihrem sonderbaren "Stil", der wenig zur Festigung demokratischer Lebensformen beiträgt, und mit ihren restaurativen Tendenzen, gegen welche die Parolen der DRP wie "Fortschritt" klingen.

Die Volksverführung muß einer Partei wie der DRP ausgerechnet in diesem Lande, dem "Armenhaus der Bundesrepublik", zum Kinderspiel werden. Denn Rheinland-Pfalz ist das Muster leistungsfähiger Kleinstaaterei, das den Sinn des föderativen Staatsaufbaues in totalen Un-Sinn verkehrt. Auch das muß in diesem Zusammenhang gesehen haben.

"Auf dem Boden der Verfassung"

"Ich bin stolz darauf, der NSDAP angehört zu haben", bekannte DRP-Vorsitzender Meinberg. Nichts gegen die ehemaligen kleinen Parteimitglieder, aber alles gegen diesen unbelehrbarsten Klüngel gewisserloser Elemente, die wahrlich allen Anlaß hätten, sich im stillen Kämmerlein vor sich selbst und dem von ihnen geschundenen Volk zu schämen. Aber man reißt sich verwundert die Augen, wenn man nachliest, daß DRP-Schatzmeister Büsser vor Gericht unter Eid erklärte, seine Partei habe sowohl von den "Fördergesellschaften" der Bonner Koalitionsparteien als auch - vom Oster jede Menge Geld genommen.

Natürlich beteuert die DRP, auf dem Boden der demokratischen Verfassung zu stehen. So natürlich wie schon Hitler anno 1932 die Legalität seiner "Bewegung" vor dem Reichsgericht zu Leipzig mit allen heiligen Eiden beschwor. Man täusche sich auch nicht: Viele Fäden führen von der noch zahlenmäßig bedeutungslosen Gruppe zu den mannigfachsten Organisationen - Fäden, die sich eines bösen Tages unter ungunstigen Umständen zu einem verhängnisvollen Knoten verknüpfen könnten.

+ * +

Verantwortlich: Günter Markscheffel